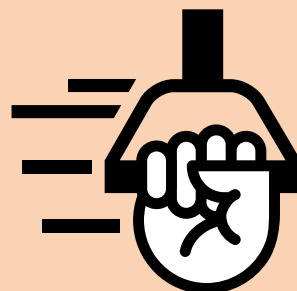
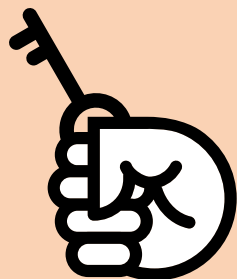
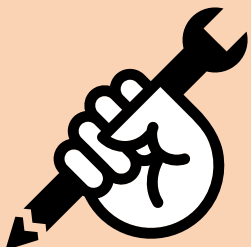


ZUKUNFT MACHEN FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN. MIT DIR.

Ordentliche Juso-Landeskonferenz
31. Juli 2021 in Lübeck



Beschlussbuch zur Lako

AP1: Zukunft machen für Schleswig-Holstein. Mit Dir.

Antragssteller*innen: Amal Allouch, Espen Carstensen, Kjell Drögemüller, Imke Grützmann, Jason Hinz, Hans-Christian Petersen, Philippa Petersen, Jannis Schatte, Kianusch Stender, Maybrit Venzke

Wir Jusos Schleswig-Holstein sind ein eigenständiger sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband. Gleichzeitig sind wir die Jugendorganisation der SPD Schleswig-Holstein und leiten daraus eine besondere Verantwortung für die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung unserer Partei ab; deshalb wollen wir ihre Arbeit weiterhin kritisch-solidarisch begleiten. Um dies leisten zu können, müssen wir weiterhin als inhaltsstarke Gruppe in der Partei wahrgenommen werden. In den letzten Jahren haben wir dabei immer wieder konstruktive und fundierte Kritik an Entscheidungen und Entwicklungen der Partei vorgebracht, die oft zu konkreten Verbesserungen geführt hat. Auf diesem Kurs müssen wir bleiben und die Zeit bis zu den nächsten Wahlen in Schleswig-Holstein nutzen, um uns mit neuen Thematiken zu beschäftigen und neue Ideen für die Politik von morgen zu entwickeln.

Starke Jusos sind wichtig für eine erfolgreiche SPD. Eine Partei wie die SPD kann nur dann gesellschaftliche Mehrheiten für ihre Positionen erringen, wenn ihre Politik ganz wesentlich von den Forderungen der jungen Generationen geprägt ist.

Wir Jusos sind gefragter denn je, verlorengegangenes Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurück zu gewinnen, denn glaubwürdige demokratisch-sozialistische Politik kann nur unter starker Beteiligung der Jusos funktionieren. Daher wollen wir uns landesweit stark in die Gesellschaft hinein vernetzen. Wir wollen weiterhin ein fester Bestandteil linker Bündnisse sein, die Interessen dieser Netzwerke in die SPD tragen und Verantwortung in der Sozialdemokratie übernehmen.

Eine bunte Vielfalt macht unsere Gesellschaft aus. Von dieser Vielfalt profitieren wir alle. Umso wichtiger ist es, dass diese auch geschützt und wertgeschätzt wird. In

Zeiten, in denen die Rechtspopulist*innen immer mehr an Zustimmung gewinnen, ist es für uns umso wichtiger, dieses wertvolle Gut der Vielfalt zu stützen und zu fördern. Als Jusos ist es uns ein besonderes Anliegen, uns für die Gleichberechtigung zwischen Frau*, Inter-, Nicht-Binärer, Trans-, Agender Person (FINTA*) und Mann* einzusetzen, für jegliche soziale Kategorien und Geschlechter, trans* und inter* wie auch für Menschen mit Flucht- und interkulturellem Hintergrund und gegen queerfeindliche Einstellungen.

FINTA*förderung

FINTA*-Personen sind in der Politik und auch bei uns Jusos noch immer nicht gleich stark repräsentiert wie Männer. Deshalb bleibt es wichtig, alle Projekte und Themen, die wir durchführen, kritisch zu überprüfen. Wir wollen keine männerdominierten Veranstaltungen durchführen, sondern achten bei der Wahl von zum Beispiel Referent*innen und Diskussionspartner*innen auf eine zumindest paritätische Besetzung. Außerdem werden wir Konzepte, wie das Awarenesssteam oder Geschlechterplena beibehalten, ausbauen und einführen, um bei den Jusos eine positivere Atmosphäre für alle zu schaffen und über geschlechterspezifische Themen aufzuklären. Ein Awarenesssteam soll bei möglichst jeder Veranstaltung ansprechbar sein. Die Vernetzung von FINTA*-Personen wollen wir stärken. Hierfür können weiterhin regelmäßige Treffen, die Möglichkeit eines Online-Austauschs sowie Empowerment-Seminare oder ein Mentoring-Programm Möglichkeiten sein.

Inklusiv sein

Unsere Gesellschaft ist vielfältig und bunt. Genauso vielfältig sind auch die Steine, die Menschen in den Weg gelegt werden können. Aber je mehr Steine im Weg sind, desto schwerer wird der Zugang zu unter anderem politischem Engagement, auch bei uns Jusos. Um bei uns diese Barrieren abzubauen und allen den Zugang zu uns zu gewähren, achten wir darauf, dass Anträge und Konzepte nicht komplizierter formuliert werden als nötig und wir bereits bei der Einladung zu Veranstaltungen die Möglichkeit bieten, mögliche Barrieren ohne Stigmatisierung anzusprechen. Wir wollen so im Rahmen von Veranstaltungen und Projekten einen Raum schaffen, der möglichst barrierearm ist und uns um eine Atmosphäre des freundlichen und fairen

Umgangs bemühen, damit wir Jusos eine Organisation sind, bei der jeder gerne Teil hat.

Schüler*innen und Auszubildende

Die Jusos werden momentan durch Studierende dominiert. Dies stellt eine besondere Herausforderung dar, weil die Gefahr besteht, dass Schüler*innen und Auszubildende nicht angemessen berücksichtigt werden. Deshalb sollen auch weiterhin besondere Angebote für Schüler*innen, Azubis und Beschäftigte angeboten werden. Die Vernetzung in Gruppen, wie es bei den Schülis schon gut funktioniert, wollen wir weiter unterstützen, weil sie Strukturen schaffen, in denen Mitglieder, die nicht der großen Mehrheit unseres Verbandes angehören, über ihre Themen diskutieren können. Hierfür wollen wir bei Bedarf auch weitere Projektgruppen gründen.

Vorbereitung auf die Wahlen 2021 und 2022

Im Herbst steht die nächste Bundestagswahl an, im darauffolgenden Frühjahr die nächste Landtagswahl. Die kommenden Wahlkämpfe wollen wir frühzeitig vorbereiten und planen. Unser klares Ziel muss dabei sein, junge Wähler*innen zwischen 16 und 25 Jahren anzusprechen. Zum einen zeigen unsere Erfolge in dieser Zielgruppe bei der letzten Landtagswahl, dass wir mit einem gut geführten Jugendwahlkampf hier viel bewegen können, zum anderen kann eine solche Ausrichtung gezielt der Mitgliedergewinnung und -mobilisierung dienen. Einen besonderen Fokus wollen wir dabei auf FINTA*-Personen legen.

Jedoch muss unser Anspruch als selbstständiger politischer Jugendverband in der SPD in Hinblick auf die kommenden Wahlkämpfe über eine bloße Kampagne hinausgehen! Unser Ziel muss es weiterhin sein, junge Menschen und ihre Themen prominent in den Wahlkämpfen, -programmen und -listen der SPD zu platzieren und diese in die Parlamente zu bringen.

Bundestagswahl 2021

Den Bundestagswahlkampf wollen wir neu und modern denken. Dazu hat sich der Landesvorstand frühzeitig mit den (Juso-)Kandidierenden zusammengesetzt und

den Jugendwahlkampf geplant. Gemeinsam mit den Kreisverbänden wurde eine Kampa ins Leben rufen, um die Aktionen landesweit zu koordinieren.

Landtagswahl 2022

Zur kommenden Landtagswahl wird aktuell schon in einzelnen Gruppen, die aus dem gesamten Landesverband bestehen, an einem Jugendwahlprogramm gearbeitet. Aus den hier ausgearbeiteten Bausteinen wollen wir zeitnah einen fertigen Entwurf erstellen, den wir gemeinsam auf einer außerordentlichen Landeskonferenz im Herbst diskutieren wollen. Das fertige Jugendwahlprogramm soll uns als Grundlage dienen, die formulierten Thesen engagiert in den Programmprozess der SPD einzubringen.

Neben den Inhalten wird es auch bei der Landtagswahl wichtig sein, dass junge Leute kandidieren. Ziel der Jusos muss sein, den Landtag jünger und bunter zu gestalten.

Auch zur Landtagswahl gilt es natürlich, frühzeitig einen frischen, modernen und eigenständigen Jugendwahlkampf zu planen und im kommenden Frühjahr gemeinsam auf die Straße zu bringen.

Bundesverband

Die Arbeit des Juso-Bundesverbandes begleiten wir weiterhin kritisch-solidarisch. Um als strömungsfreier Verband präsent zu sein und unsere Forderungen nach vorne zu bringen, wollen wir den engeren, sachorientierten Austausch mit anderen Landesverbänden vertiefen - das gilt insbesondere für die nördlichen Verbände und Bezirke.

Internationales

Die bestehenden Kontakte zu unserer Schwesterpartei in Dänemark wollen wir ausbauen und den Austausch über die Deutsch-Dänische Grenzregion, auch in Hinblick auf das Programm zur Landtagswahl, intensivieren.

Außerdem wollen wir Kontakte zu den anderen sozialdemokratischen Parteien im Ostseeraum aufnehmen und uns in die politischen Gremien zum Thema Ostseeraumpolitik einbringen.

Veranstaltungen

Sobald Corona es wieder zulässt, wollen wir endlich das nächste mehrtägige Rote Wochenende in Angriff nehmen. Außerdem wollen wir auch weiterhin zu einzelnen Themen oder Anlässen Veranstaltungen (mit Expert*innen) durchführen. Online-Formate sollen dabei, soweit möglich, im Regelfall wieder durch Präsenz-Veranstaltungen ersetzt werden. Vollständig abgelöst werden sollen sie aber nicht; bei geeigneten Formaten wird es auch weiterhin Online-, oder Hybrid-Angebote geben. Die letzten Monate haben uns gezeigt, dass wir auf diesem Weg zuverlässig Jusos erreichen, die sonst nicht zu unseren Veranstaltungen kommen könnten.

Neumitglieder

Die inhaltliche Arbeit der nächsten Monate wollen wir auch nutzen, um neue Mitglieder zu gewinnen und sie gleich in die Arbeit im Verband einzubinden. Damit Neumitglieder sich wohlfühlen und schnell mitmachen können, wollen wir sie mit geeigneten Seminaren begrüßen.

Bündnisarbeit

Die Doppelstrategie der Jusos beruht von jeher darauf, sich auch in linken, progressiven Bündnissen solidarisch zu engagieren und gemeinsam mit ihnen auf die Straße zu gehen. Die Arbeit mit unseren Bündnispartner*innen wollen wir daher weiter beleben und den Austausch mit neuen Bündnissen suchen.

Verband Politischer Jugend (VPJ)

Mit den anderen politischen Jugendorganisationen wollen wir uns weiterhin regelmäßig austauschen und auch gemeinsame Veranstaltungen zur politischen Bildungsarbeit organisieren. Gerade um junge Menschen in einer Demokratie zu erreichen und früh an Politik heranzuführen, ist es für uns als demokratische

Jugendorganisation ein Herzensthema, Bildungseinrichtungen zu besuchen. Für die Bundestagswahl sind schon gemeinsame Schuldiskussionen geplant.

Verbandsarbeit

Um ein stetigen Austausch zwischen dem Landesvorstand und den Kreisverbänden sicherzustellen, wollen wir das bewährte Modell der Kreisbetreuung fortsetzen. Zudem ist es uns wichtig, dass sich auch die Kreisverbände untereinander vernetzen und ein Erfahrungsaustausch stattfindet. Darum halten wir es für wichtig, entsprechende Angebote für die Kreisverbände zu schaffen.

Auch wird es weiterhin Vernetzungstreffen geben, die sich im letzten halben Jahr bewährt haben.

Zeitplan nach der Landeskonzferenz

Die Beschlüsse der Landeskonzferenz sowie die Ideen der Kandidierenden aus den jeweiligen Bewerbungen wird der neue Landesvorstand auf seiner Klausurtagung in eine detaillierte Jahresplanung überführen. Hierbei sollen feste Termine bzw. Zeitfenster für Projekte und Veranstaltungen festgelegt werden, soweit dies unter den jeweils geltenden Corona-Beschränkungen möglich ist. Im Anschluss besprechen wir diese Jahresplanung mit den Kreisverbänden, um Ideen und Anregungen aufzunehmen und die Arbeit in den einzelnen Kreisverbänden miteinander zu verzahnen.

Ebenfalls schon auf der Klausurtagung wollen wir bei Bedarf mögliche Themen für Kooptierungen besprechen. Diese sollen daraufhin verbandsöffentlich ausgeschrieben werden.

Außerordentliche Landeskonzferenz

Damit wir als Jusos unsere Themen in das Landtagswahlprogramm der SPD mit einbringen können, wollen wir auf einer außerordentlichen Landeskonzferenz im Herbst unsere Inhalte voranbringen und diskutieren. Dabei soll es auch endlich wieder den Raum geben, inhaltliche Anträge der Kreisverbände und Projektgruppen in Präsenz zu beraten.

Arbeiten während der Corona-Pandemie

Wir wollen optimistisch in die Planung gehen, aber mit der nötigen Vorsicht bei der Durchführung agieren und jeweils die geltenden Vorsichtsmaßnahmen und Hygienevorschriften berücksichtigen. Sollte es nicht anders gehen, werden wir auch weiterhin auf Online-Formate ausweichen, um die inhaltliche Arbeit des Verbandes zu erhalten.

AU1: Wer nicht hören will, muss fühlen – klare Kante gegen Russland und Belarus

Antragssteller*innen: Jusos Steinburg
--

Die Jusos Schleswig-Holstein fordern die Genossinnen und Genossen der SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung dazu beiträgt, dass folgende Maßnahmen ergriffen werden, bzw. sie selbst ergreift:

- Ausschluss Russlands aus dem Europarat durch das Ministerkomitee des Europarats gem. Art. 8 der Satzung des Europarats
- Sofortiger Baustopp von Nordstream 2
- Einlegung einer Staatenklage gegen Russland vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) aufgrund des jüngsten Vorgehens gegen Oppositionelle, insbesondere gegen die Stiftung Kampf gegen Korruption (FBK)
- Prüfung eines Verbots von RT Deutsch
- Verhängung weiterer Sanktionen gegen Belarus, insbesondere Einrichtung eines europäischen Totalembargos gegen belarussische petrochemische Erzeugnisse und Düngemittel; Ausschluss von Belarus vom internationalen Bankkommunikationsnetzwerk SWIFT; Sanktionen, soweit völkerrechtlich zulässig, müssen zielgerichtet eingesetzt werden, um den Druck auf die Verantwortlichen zu erhöhen, ohne übermäßigen Schaden für die Zivilbevölkerung zu tolerieren.

B2: Reißt Barrieren und Stigmata ein

Antragsteller*innen: Juso-Landesvorstand
--

Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

Unsere Gesellschaft ist vielfältig und bunt. Genauso vielfältig sind auch die Steine, die Menschen in den Weg gelegt werden können. Aber je mehr Steine im Weg sind, desto schwerer wird der Zugang zu Bildung, einer Karriere oder politischen Engagement, auch bei uns. Wenn wir jedoch für "Gleiche Chancen für Alle" kämpfen, müssen wir uns mit bestehenden Stigmata und Barrieren befassen und diese bei uns abbauen, um allen den Zugang zu uns zu gewähren. Denn Stigmata und Barrieren, die für Nicht-Betroffene unsichtbar sind, führen zu ungleichen Startbedingungen. Für viele Betroffene ist politisches Engagement also undenkbar. Auch Dinge, die uns gar nicht auffallen, können sehr große Hürden sein.

(Wortdefinitionen: Stigmatisierungen führen dazu, dass einem Menschen Eigenschaften zugeschrieben werden, um diesen abzuwerten. Barrieren sind Hindernisse, um die man nicht herumkommt.)

Behinderungen, Chronische Erkrankungen und Neurodiversität

Bei dem Wort Barrieren denken die meisten wahrscheinlich als erstes an Behinderungen. In den letzten Jahren hat sich der Blickwinkel geändert. Man geht nicht mehr nur davon aus, dass eine Person aufgrund einer Diagnose behindert ist. Vielmehr wird das soziale Umfeld betrachtet und wie sehr dieses Umfeld mit Barrieren einen Menschen in seiner Teilhabe behindert. Das bedeutet, dass wir alle in der Verantwortung sind, Barrieren einzureißen und eine höchstmögliche Teilhabe zu ermöglichen. Und das können wir nicht nur, indem wir uns für Inklusion in Schulen und dem Arbeitsmarkt einsetzen. Wir Jusos können im eigenen Verband beginnen und diesen barrierearm gestalten und somit allen die Chance geben, bei uns mitzuwirken. Deshalb wollen wir:

- Rollstuhlgerechte Veranstaltungsorte, mit einer Anmerkung auf der Veranstaltungseinladung. Sollte eine Rollstuhlgerechte Veranstaltung nicht uneingeschränkt möglich sein, muss auch dies auf der Einladung vermerkt werden.
- Werden weitere Angebote zur Barrierereduzierung verwendet, sollen diese auch in der Einladung erwähnt und zu Beginn einer Veranstaltung erklärt werden.
- Möglichst Räumlichkeiten mit automatischen Türen benutzen
- Glastüren markieren, damit diese jeder erkennen kann.
- Auf dem Boden liegende Kabel markieren, damit niemand darüber stolpert.

Barrierefreiheit bedeutet viel mehr, als nur eine Rampe zu bauen, um einen rollstuhlgerechten Zugang zu ermöglichen. Vor allem im Bereich der “unsichtbaren Behinderungen” gibt es vieles, was wir noch tun können. Auch nützt Barrierefreiheit meist mehreren, wenn nicht gar allen. Diejenigen mit wenig Zeit profitieren z.B. von leicht verständlichen Texten und jemand, der vorübergehend in seiner Mobilität eingeschränkt ist, freut sich über einen Aufzug.

Hier sind einige Beispiele, die umgesetzt werden können, um Hürden abzubauen:

- Vor jeder Veranstaltung die Bedürfnisse betroffener Personen abfragen
- Safer-Spaces zur Reizreduktion bzw. um aus der Situation rauszukommen (z.B. extra (Ruhe-)Raum)
- Bereitstellung von Texten in einer Legasthenie-freundlichen Schriftart
- Skills-Notfallkasten bereitstellen bei akuten psychischen Problem
- auf einer Veranstaltung Essen im Vorfeld ankündigen, damit Menschen mit Stoffwechselerkrankungen oder Intoleranzen Probleme mitteilen können und Alternativen geschaffen werden, oder sie sich selbe Essen mitbringen können.
- Wege und Räume mit Piktogrammen ausschildern

Auch bei Printmedien und Social-Media können Barrieren überwunden werden, in dem z.B.

- gut lesbare Schriften verwendet werden,

- die Texte auch in Versionen in einfacherer Sprache und mit einer reduzierten Anzahl an Fachworten geschrieben werden,
- Farbkontraste eingehalten werden, sodass die Farben für Farbenblinde unterscheidbar sind,
- Bildunterschriften in Postings gesetzt werden und Untertitel bei Videos eingefügt werden.

Um diesen Kampf möglichst effektiv zu gestalten, brauchen wir mehr Bildungs- und Aufklärungsarbeit. Denn nur durch Wissen und offene Kommunikation können Stigmata, die wir alle als Vorurteile in uns tragen, gebrochen werden. Zusätzlich dazu bekommen wir so auch die Möglichkeit, besser auf die Probleme von anderen Genoss*innen in unserem Umfeld zu reagieren und diese weiterhin in unsere Arbeit zu einzuschließen.

Klassismus

(Klassismus beschreibt (strukturelle) Diskriminierung und Ausbeutung von Menschen aufgrund der sozialen Herkunft oder Position.)

Armut schränkt die Teilhabe ein. Wenn wir es uns jedoch zur Aufgabe machen wollen, Barrieren einzureißen, müssen wir uns auch innerhalb unseres Verbandes damit auseinandersetzen, wie wir möglichst viele Menschen mit den unterschiedlichsten Hintergründen integrieren können. Aktuell ist der dominierende Anteil der Jusos studiert. Wenn jetzt z.B. jemand eine Ausbildung macht, hat diese Person nicht immer das Privileg, ein Studi-Ticket zu haben. Die Anfahrt zu einer Landesveranstaltung kann somit nicht nur wegen der Uhrzeit, die sich mit der Arbeitszeit überschneidet, schwierig werden, sondern es kann auch teuer werden. Und, wenn dann das Geld fehlt, überlegt man es sich natürlich mehrfach, ob man dann zu einer Veranstaltung fährt oder nicht. Aber auch kleinere Situationen können dazu führen, dass Menschen sich in ihrer Teilhabe eingeschränkt sehen. Wenn man nicht betroffen ist, sind einem diese Situationen nicht bewusst. Deshalb fordern wir:

- Organisation von Fahrgemeinschaften und die Mitnahme über ÖPNV-Tickets, für Menschen, die kein Ticket haben. Erstattung von An- und Abfahrtskosten für Personen, die nicht über ein Studiticket verfügen

- Veranstaltungen, die vergleichsweise kostenintensiv sind, müssen frühzeitig angekündigt werden, um sparen zu ermöglichen
- Endgeräte auf Veranstaltungen zum Verleih zur Verfügung stellen
- Extra-Kosten auf Veranstaltungen bei der Einladung ankündigen, wie z.B. Kosten für das Bier am Abend oder Kosten für Auswärtsessen

Sprache als Barriere

Auch Sprache kann eine Barriere sein.

Fachbegriffe haben nicht nur den Zweck, Sachverhalte möglichst kurz zu beschreiben. Die Verwendung von bestimmten Fachbegriffen innerhalb einer Gruppe führt zu einem Zugehörigkeitsgefühl. In unserem Verband haben wir die unterschiedlichsten Bildungshintergründe. Ist aber eine Fachsprache dominierend, führt dies dazu, dass sich einige Menschen nicht als Teil der Gruppe verstehen.

Deshalb wollen wir:

- dass möglichst wenig Fachsprache in Workshops verwendet wird. Sollte diese unumgänglich sein, können Fachbegriffe in Fußnoten erklärt werden. Dies gilt natürlich nicht für Workshops, bei denen angekündigt wird, dass diese ein bestimmtes Vorwissen voraussetzen.
- dass Fachworte bei Anträgen definiert werden.
- dass bei Veranstaltungen ein Handzeichen vereinbart wird, das signalisiert, dass eine Definition für ein Fachwort oder eine Abkürzung gerade benötigt wird.
- die Erstellung und Verbreitung eines Abkürzungsverzeichnisses mit Parteikürzeln und den dazugehörigen Erklärungen.

Aber nicht nur Fachsprache kann eine Barriere darstellen. Menschen, die mit einer anderen Muttersprache bzw. Bilingual aufgewachsen sind, oder auch Menschen, die in einem Nicht-Akademiker*innen- Haushalt groß geworden sind, haben nicht immer denselben Wortschatz, wie ein Mensch, der in einem akademischen Haushalt mit nur einer Sprache aufgewachsen ist. Deshalb können wir nicht davon ausgehen, dass jeder Mensch im Umgang mit Sprache ein ähnliches Selbstbewusstsein hat. Wir müssen uns stets daran erinnern, dass einige Menschen Sprachbarrieren spüren, wenn sie einen Text schreiben, einen Wortbeitrag leisten oder sich in einer

Diskussion beteiligen. Was aber nicht bedeutet, dass diese Menschen keinen wertvollen Beitrag leisten können. Wir sollten Menschen nicht unterbrechen und korrigieren, weil sie nicht so wortgewandt sind, sondern ihnen zuhören und sie unterstützen.

Safer-Space

Immer noch haben viele ein Bild von politischer Arbeit im Kopf, wonach sie “knallhart” sei und man viel aushalten müsse. Diese Vorstellung soll aber nur verschleiern, dass diese Arbeitsatmosphäre vor allem Diskriminierung gegenüber bestimmten Gruppen bedeutet. Dadurch entsteht ein Raum, in dem sich vor allem *weiße* heterosexuelle cis Männer wohlfühlen und Räume dominieren. Wenn wir wollen, dass diskriminierte Gruppen mehr teilhaben können, müssen wir dafür sorgen, dass unser Verband ein Safer-Space und diskriminierungsfreier Raum wird. Hier müssen wir massiv in Awareness-Arbeit investieren und dabei vor allem die Perspektiven von diskriminierten Gruppen in den Vordergrund stellen und intersektional denken.

*(Intersektionale Aktivist*innen machen darauf aufmerksam, dass Diskriminierung nicht nur auf einer Ebene geschieht, sondern bei vielen Menschen auf vielen verschiedenen Ebenen. Menschen, die von Sexismus betroffen sind, können genauso auch von Rassismus und Klassismus betroffen sein und allen anderen Ismen.)*

RL1: Antrag zur Änderung der Richtlinie der Jusos Schleswig-Holstein - Einführung einer Doppelspitze

Antragsteller: Juso- Landesvorstand

Die Landeskonferenz der Jusos Schleswig-Holstein möge folgendes beschließen:

Artikel 1

§ 10 der Richtlinie der Jusos Schleswig-Holstein vom 27.02.2016 wird wie folgt geändert:

1. Abs. 2 erhält folgende Fassung:

“(2) Stimmberechtigte Mitglieder des Landesvorstandes sind 1. die oder der Landesvorsitzende oder die Landesvorsitzenden 2. die stellvertretenden Landesvorsitzenden.

2. Nach Abs. 2 werden die folgende Absätze drei und vier eingefügt:

“(3) Die Landeskonzferenz kann auf Antrag beschließen, dass statt einer oder einem Landesvorsitzenden zwei Landesvorsitzende gewählt werden (Doppelspitze). Der Antrag nach Satz 1 ist nur zulässig, wenn zum Zeitpunkt der Antragstellung zumindest eine nicht männliche Bewerbung vorliegt. Die Wahl der Doppelspitze erfolgt in zwei getrennten Einzelwahlen. Wird im ersten Wahlgang ein Mann gewählt und steht im zweiten Wahlgang keine Person, die kein Mann ist zur Wahl oder wird wiederum keine gewählt, ist der im ersten Wahlgang Gewählte alleiniger Landesvorsitzender; die Wahl einer Doppelspitze unterbleibt in diesem Fall.

(4) Im Falle der Wahl einer Doppelspitze nehmen die beiden Landesvorsitzenden die Aufgaben gemeinsam und gleichberechtigt wahr. Kann in einer Frage kein Einvernehmen erzielt werden, entscheidet der Landesvorstand. Soweit der Natur der Aufgabe nach eine gemeinsame Wahrnehmung außer Betracht bleibt, bestimmen die Landesvorsitzenden einvernehmlich, wer von ihnen die Aufgabe im Einzelfall oder generell wahrnimmt; Satz 2 gilt entsprechend.”

3. Der bisherige Abs. 3 wird der neue Abs. 5 und erhält folgende Fassung:

“(5) Der Landesvorstand besteht aus sieben stimmberechtigten Mitgliedern. Auf Antrag kann die Landeskonzferenz beschließen, die Anzahl auf neun zu erhöhen. Es sind so viele stellvertretende Landesvorsitzende zu wählen, dass mit dem oder der Landesvorsitzenden oder den

Landesvorsitzenden die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder erreicht wird.

4. Die bisherigen Abs. 4 bis 7 werden die neuen Abs. 6 bis 9. Artikel 2 Die Änderung der Richtlinie tritt nach der Genehmigung durch den SPD-Landesvorstand vom 03.06.2021 mit dem Beschluss der Landeskonzferenz in Kraft.

R3: Transparente und verständliche Gesetzesentwürfe

Antragssteller*innen: Jusos Nordfriesland, Jusos Steinburg

Die Juso Landeskonzferenz möge beschließen:

Die SPD-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag wird dazu aufgefordert, eine Änderung der Geschäftsordnung des Landtages einzubringen. Diese Änderung soll bei Gesetzesentwürfen künftig aufzeigen und gegenüberstellen, welche Neuerungen, Ergänzungen und Veränderungen bei neuen Gesetzesentwürfen im Vergleich zur vorigen Rechtslage beinhaltet sind. Diese Synopse (= Gegenüberstellung) soll den Wortlaut des gegenwärtigen und der beabsichtigten Änderung des Normtextes umfassen und so verständlich darlegen, was rechtlich anders gestaltet wird.

Ferner wird die SPD- Fraktion im Bundestag ebenfalls aufgefordert, in der kommenden Legislaturperiode eine entsprechende Initiative (vgl. Drucksache 19/26315) im Bundestag einzubringen.

RL2: Antrag zur Änderung der Richtlinie der Jusos Schleswig-Holstein

Antragsteller: Juso- Landesvorstand
--

Die Landeskonzferenz der Jusos Schleswig-Holstein möge folgendes beschließen:

Artikel 1

Die Richtlinie der Jusos Schleswig-Holstein vom 27.02.2016, zuletzt geändert am 31.07.2021 wird wie folgt geändert:

1. § 2 Nr. 7 erhält folgende Fassung:

“7. die Chancengleichheit von allen Geschlechtern in allen Politikbereichen zu verankern, insbesondere durch den Einsatz für die Mitarbeit von weiblichen, Inter-, Non-binären, Trans und A-Gender- Personen (FINTA) in verantwortlichen Positionen der Organe der Jungsozialist*Innen und der SPD.”

2. § 8 Abs. 6 und 7 erhalten folgende Fassung:

“(6) Die Landeskonferenz wählt für die Dauer von einem Jahr

1. den Landesvorstand,
2. die Vertreterinnen und Vertreter zum Bundesausschuss,
3. die Delegierten zum Bundeskongress,
4. die Delegierten zum Landesparteitag.

Die Wahlperiode kann durch Beschluss des Landesvorstandes aus sachlichen Gründen verkürzt oder verlängert werden, jedoch nicht über 18 Monate hinaus. Eine Verlängerung über 15 Monate hinaus bedarf der Zustimmung des Landesausschusses. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn der Landesausschuss nicht binnen 4 Wochen hierüber Beschluss fasst.

(7) Antragsrecht zur Landeskonferenz haben

1. der Landesvorstand,
2. der Landesausschuss,
3. die Kreisverbände,
4. die Amtsarbeitsgemeinschaften,
5. die Ortsarbeitsgemeinschaften,
6. die FINTA-Vernetzung,

7. die Projektgruppen,

8. die Delegierten der Landeskonferenz.”

4. § 10 Abs. 6 Satz 2 wird gestrichen.

5. § 11 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

“(1) Der Landesausschuss berät den Landesvorstand und fördert durch eigene Initiativen die Willensbildung im Verband. Geleitet wird er durch einen quotierten Vorstand (zwei gleichberechtigte Vorsitzende), der jeweils für ein Jahr durch den Landesausschuss gewählt wird. Auf die Wahl finden die Vorschriften zur Wahl der Doppelspitze für den Landesvorstand entsprechende Anwendung. Näheres regelt die Geschäftsordnung. Der Landesvorstand informiert den Landesausschuss über seine Planungen und gefassten Beschlüsse. Vertreterinnen und Vertreter im Bundesausschuss sowie in den Arbeitsgruppen des Bundesverbandes berichten dem Landesausschuss.”

6. Nach § 11 wird folgende § 11a und § 11b neu eingefügt:

“ § 11a FINTA-Vernetzung Im Landesverband besteht ein FINTA-Netzwerk. Der Landesvorstand fördert und unterstützt dessen Arbeit.

§ 11b Projektgruppen

(1) Projektgruppen dienen der selbstständigen themenbezogenen Arbeit und Vernetzung innerhalb des Landesverbandes. Es bestehen als Projektgruppen:

1. die Landeskoordination der Juso-Hochschulgruppen,

2. die einzelnen Juso-Hochschulgruppen und

3. die Juso-Schüler*innengruppe.

Durch Beschluss kann der Landesvorstand weitere Projektgruppen errichten.

(2) Auf den Aufbau der Projektgruppen finden die Bestimmungen über die Kreisverbände entsprechende Anwendung, soweit sich aus den Bestimmungen der SPD und dieser Richtlinie nichts abweichendes ergibt. Das Nähere regeln die Projektgruppen im Einvernehmen mit dem Landesvorstand.

(3) Der Landesvorstand soll auf Vorschlag der entsprechenden Projektgruppe je eine Person für die Landeskoordination der Juso-Hochschulgruppen, für die Juso-Schüler*innengruppe und für etwaige nach Abs. Satz 2 errichtete Projektgruppen kooptieren.“

7. § 14 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

“(2) Die Verteilung der Delegiertenmandate nach Mitgliederzahlen erfolgt nach der Feststellung der Mitgliederzahlen. Stichtag hierfür ist der Tag, der zwei Monate vor der jeweiligen Landeskonferenz beziehungsweise dem jeweiligen Landesausschuss liegt. Die Feststellung ist den Kreisverbänden unter Hinweis auf den Delegiertenschlüssel unverzüglich mitzuteilen.“

8. § 15 Abs. 2 Satz 2 wird gestrichen.

Artikel 2

Die Änderung der Richtlinie tritt mit der Genehmigung durch den SPD-Landesvorstand in Kraft. Mit dem Inkrafttreten werden der*die Vorsitzende und der*die stellvertretende Vorsitzende des Landesausschusses zu gleichberechtigten Vorsitzenden.